

Dringliche Interpellation

Weichenstellung in der Energieversorgung

Thema	Interpellation: „Weichenstellung in der Energieversorgung“
Verfasser	Daniel Brühwiler, Stefanie Huber
Datum	06.06.2011

Einleitung

Nach der Havarie im japanischen Atomkraftwerk Fukushima im März dieses Jahres ist es in der politischen Landschaft der Schweiz zu einem unübersehbaren Meinungsumschwung gekommen. Die Forderung nach dem Atomausstieg ist bei den Parteien breit abgestützt. Beeinflusst wurde dieser Meinungsumschwung sicher auch von der Tatsache, dass es sich bei Fukushima bereits um den dritten GAU in einem kommerziellen AKW innerhalb von 30 Jahren handelt. Durch verschärfte Sicherheitsanforderungen ist die Wirtschaftlichkeit bisheriger wie neuer AKW noch fraglicher geworden.

Die Frage des Atomausstieges ist eine langfristige Angelegenheit. Mit Sicherheit kann aber bereits jetzt gesagt werden, dass der Ersatz bzw. die Einsparung des Atomstromanteils am Schweizer Strommix kein Spaziergang ist. Gefordert ist deshalb nicht nur die Bundespolitik, welche bekanntlich am 25. Mai den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen hat. Auch die Kantone und die Gemeinden werden sich in dieser Sache ins Zeug legen müssen. In diesem Zusammenhang ersuchen wir den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen.

Fragen:

1. Wieviel elektrischen Strom verbrauchen die **städtischen Liegenschaften und Betriebe** insgesamt während eines Jahres? Welcher Anteil davon ist Atomstrom? Ist der Stadtrat bereit, bei den eigenen Liegenschaften und Betrieben einen **Absenkpfad für Atomstrom** festzulegen?
2. Der Stadtrat hat durch seine Vertretung im Verwaltungsrat der Glattwerk AG Einfluss auf den Stromverkauf in Dübendorf. Gemäss dem auf der Stromrechnung jeweils ausgewiesenen Strommix verkauft die Glattwerk AG Strom mit einem hohen Anteil Atomstrom. Ist der Stadtrat bereit, seinen Einfluss geltend zu machen und für die **Glattwerk AG einen Atomstrom-Absenkpfad** festzulegen? Seit einigen Jahren kauft die Glattwerk AG Wasserkraftzertifikate für den Haushaltstrom; gerade kürzlich wurde der Beschluss publiziert, diese Zertifikate wieder für drei Jahre zu erwerben. Wie beurteilt der Stadtrat die Möglichkeit, diese Zertifikate als Standardlösung dauerhaft einzuführen und so den Atomstromanteil zu senken?
3. Gemäss **Medienmitteilung** hat der Stadtrat am **11. März 2010** ein Massnahmenprogramm für das Label Energiestadt verabschiedet. Welche Massnahmen darin zielen auf die Reduktion des (Atom-)Stromverbrauches? Wo sieht der Stadtrat vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse Ergänzungsbedarf?
4. Wäre der Stadtrat bereit, seinen ablehnenden Beschluss zur **Volksinitiative „2000 Watt-Gesellschaft für Dübendorf“** vor dem Hintergrund der geänderten Rahmenbedingungen im Energiebereich zu überdenken?
5. Teilt der Stadtrat die Meinung der Interpellanten, dass die lokale Energiepolitik nach den Ereignissen in Japan und den Diskussionen und Entscheiden der letzten Wochen und Monate gesamtheitlich angegangen und langfristig ausgerichtet werden muss? Wie stellt sich der Stadtrat zu einer **neuen Ausrichtung der Energiepolitik**, wie sie vom Bundesrat am 25. Mai 2011 vorgespurt wurde?
6. Ist der Stadtrat bereit, sich – wie bereits einige Energiestädte in der Schweiz und in Europa – „auf den Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft“ zu machen oder dem **Covenant of Mayors** beizutreten, der auf die Ziele „3x20“ zielt (20% Effizienz, 20% erneuerbare, 20% weniger CO₂) und damit eine Zusage für einen verbindlichen Absenkpfad für den gesamten Energieverbrauch darstellt? Was würde dies für Dübendorf an Massnahmen und nächsten Schritten konkret bedeuten?

Begründung:

Dübendorf hat in den letzten Jahren bereits einiges im Energie- und Mobilitätsbereich getan, wie das Re-Audit Energiestadt 2010 aufgezeigt hat. In unseren Augen gibt es aber noch erhebliches Potential, was Energieeffizienz und erneuerbare Energien anbelangt. Um dieses auszuschöpfen, braucht es eine langfristig ausgerichtete Energiepolitik, welche Anreize für Anstrengungen auf allen Ebenen setzt – für Energieeffizienz und erneuerbare, in Industrie und Gewerbe, der öffentlichen Hand und bei Privaten.

Dabei spielt die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand eine wichtige Rolle. Energieeffizienz bei den eigenen Gebäuden und Anlagen steht dabei an erster Stelle. Gleich an zweiter Stelle folgt der Einsatz von erneuerbaren Energieformen, welcher bei jeder Gelegenheit geprüft werden muss. Entsprechende Erfolge könnten der Bevölkerung kommuniziert und damit das Interesse an Energiefragen gefördert werden, auch wenn dies noch regelmässiger und offensiver praktiziert werden könnte.

Hinsichtlich einer Atomstrom freien Zukunft steht dem Stadtrat auf kommunaler Ebene ein weiteres Handlungsfeld offen: Die Glattwerk AG. Strategieänderungen müssen jetzt diskutiert werden, damit mit der Umsetzung der nötigen Neuausrichtung innert nützlicher Frist gestartet werden kann.

Ein Commitment zur 2000 Watt-Gesellschaft würde es ermöglichen, die Bemühungen um das Label Energiestadt noch einen Schritt weiter zu konkretisieren und auch in Dübendorf innovative und zukunftsgerichtete Entwicklungen anzustossen. Sich auf den Weg einer 2000 Watt-Gesellschaft zu machen, leistet einen Beitrag an die Unabhängigkeit von der Atomkraft: Energieeffizienz und erneuerbare Energien werden ins Zentrum gerückt. Die Stadt Zürich zeigt seit der Volksabstimmung von 2008 auf eindruckliche Weise auf, was eine Stadt erreichen kann, wenn sich alle hinter einem solchen langfristigen Ziel scharen und welchen Gewinn ein solches Engagement in finanzieller, energetischer, aber auch sozialer Hinsicht bringt. In Basel-Stadt wird seit den Debatten um Kaiseraugst an der nachhaltigen Energieversorgung gearbeitet, u.a. durch eine Energieabgabe und konsequenten Einsatz für erneuerbare Energie auf allen Ebenen. So konnte Basel im Gegensatz zum Rest der Schweiz den Elektrizitätsverbrauch konstant halten.

Die Volksinitiative „2000-Watt-Gesellschaft für Dübendorf“ mit den geforderten Anpassungen der Gemeindeordnung setzt den passenden Rahmen für all die Aktivitäten, welche im Hinblick auf die Atomstrom freie Zukunft angegangen werden müssen. Mit der 2000-Watt-Kommission schafft sie auch das Gremium, bei welchem die Fäden dieser Aktivitäten zusammenlaufen und welches neue notwendige Schritte einleiten könnte.

Eine Ausrichtung auf eine Atomstrom freie und nachhaltige Energieversorgung ist nicht von heute auf morgen machbar – jetzt ist der Moment, Zeichen zu setzen und zumindest den ersten Schritt auch auf lokaler Ebene anzugehen.

D. R. L. L.

Stefanie Huber

T. K.

O. P.

M. D.

Peter Jan

W. B.

V. M. P.

A. B.

U. S.